

„Der Kampf um Strassburg" in Europäische Zeitung (August 2003)

Quelle: Europäische Zeitung. Das Magazin für Europa. Hrsg. A. Entel, Stephan; Dr Schoser, Franz. August 2003, Nr. 8. [s.l.]: Europa Union Verlag GmbH. ISSN 0014-2611. "Der Kampf um Strassburg", auteur:Keller, Horst , p. 32.

Urheberrecht: (c) Europa Union Verlag GmbH

URL: http://www.cvce.eu/obj/der_kampf_um_strassburg_in_europaische_zeitung_august_2003-de-65512fc3-5c5c-4a05-a232-9c2a507b4946.html

Publication date: 03/04/2014

Der Kampf um Strassburg

Immer wieder neue Vorstöße zugunsten Brüssel

VON HORST KELLER

Es geschah Anfang Juli: einen Tag vor der Antrittsrede des italienischen Ministerpräsidenten und neuen EU-Ratsvorsitzenden Silvio Berlusconi vor dem Europäischen Parlament in Straßburg und dem Eklat bei der anschließenden Aussprache über seine „Regierungserklärung“. Der deutsche Europaabgeordnete Martin Schulz hatte in scharfen Angriffen die demokratische Integrität Berlusconis in Frage gestellt, worauf dieser ihm – „ironisch“ wie der Ratspräsident nach heftigen Protesten und Buh-Rufen später sagte – die Rolle eines Nazi-Schergen in einem gerade gedrehten italienischen TV-Film anbot. Das hatte, wie wir wissen, politische und diplomatische Nachspiele.

Ein Tag zuvor war die Straßburger Welt allerdings noch in Ordnung. Das Parlament debattierte am Vormittag über die vergangene und erfolgreiche griechische Präsidentschaft und kam dann vor fast leerem Plenum zu Abstimmungen über einige nicht sehr kontroverse Punkte. Man hatte und ließ sich Zeit, denn der ägyptische Präsident Hosni Mubarak, der eigentlich zu diesem Zeitpunkt vor der Versammlung sprechen sollte, hatte seine Reise nach Straßburg abgesagt.

Vielleicht inspirierte das einige Abgeordnete zu dem folgenden Scharmützel, bei dem es wieder einmal um den Tagungsort Straßburg ging. Der Vorfall ereignete sich kurz vor der den Parlamentariern heiligen Mittagspause gegen 13 Uhr und wurde nicht einmal von den sonst so wachsamen Beobachtern der Dernières Nouvelles d'Alsace registriert.

Sichtlich erregt meldete sich der britische Konservative McMillan-Scott zu Wort, der Ungeheuerliches darüber zu berichten wusste, was sich am Vortag auf dem Pariser Flughafen Charles de Gaulle abgespielt hatte. Sein Flugzeug aus London hatte Verspätung und er verpasste den Air France - Anschlussflug nach Straßburg, obwohl nach seinen Worten noch genügend Zeit geblieben sei zum Einchecken.

Am Counter traf er parlamentarische Leidensgenossen: unter anderem die Liberale Baroness Nicholson of Winterbourn und den Sozialisten John Hume, immerhin Friedensnobelpreisträger. Das parteiübergreifende Gewitter über den Tagungsort Straßburg braute sich bereits am Airport Charles de Gaulle zusammen.

An diesem Punkt der Schilderung des Europaabgeordneten griff der amtierende italienische Parlamentspräsident ein und schnitt Mr. McMillan-Scott kurzerhand das Wort ab und schaltete dann auch noch sein Mikrofon aus. Seine Geschichte gehöre nicht ins Abstimmungsprozedere.

Es kam zu kleineren tumultartigen Szenen im fast leerem Plenum. Dann erhielt der Brite noch einmal das Wort. Er kam sofort zur Sache: Der Ministerrat müsse dem Europäischen Parlament erlauben, sich selbst seinen Tagungsort auszusuchen, forderte er.

Die britische Liberale Elizabeth Lynne, die ebenfalls zu den Air-France – „Opfern“ gehörte, brachte es dann auf den Punkt und dekuvierte den Hintergrund des britischen „Aufstands“. Sie habe immer Straßburg als Tagungsort unterstützt, aber jetzt könne sie nicht mehr länger nach Straßburg kommen. Der Parlamentspräsident solle an die Air France und den Staatspräsidenten der Französischen Republik appellieren, die Dinge zu ändern, sonst würde kein Europaabgeordneter Straßburg mehr unterstützen. 12 Stunden für die Strecke London - Straßburg sei nicht akzeptabel. Sie wurde unterstützt von Nobelpreisträger John Hume, der anmerkte, dass er in dieser Zeit auch nach Amerika und zurück hätte fliegen können. Die Verärgerung ist verständlich. Der regionale Straßburger Flughafen Ensheim ist nicht der internationale Drehscheiben-Flughafen Brüssel.

Aber Verträge müssen eingehalten werden. Daran erinnerte der britische Sozialist Richard Corbett: Er verstehe die Frustration seiner Kollegen, aber das Parlament sei rechtlich verpflichtet, zwölf Mal im Jahr in Straßburg zu tagen. Dies könne nur durch ein einstimmiges Votum der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union geändert werden. Es müsse aber eine Kompensation für Straßburg gefunden werden.

Der britische Anti-Straßburg-Vorstoß rief natürlich Reaktionen hervor. Die Französin Dominique Vlasto von der Europäischen Volkspartei gab beispielsweise zu Protokoll, dass sie vor einiger Zeit nicht rechtzeitig in Brüssel sein konnte, weil die belgischen Eisenbahner streikten. Andere Abgeordnete, wie der fraktionslose italienische Abgeordnete Francesco Enrico Speroni, gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs die Transportverhältnisse nach Straßburg verbessern werde. Alle Redner waren sich einig, dass die gegenwärtigen Reise-Verhältnisse für die Europaabgeordneten wenig zufriedenstellend sind. Dennoch, so erinnerte der französische EVP-Abgeordnete Jean-Louis Bourlanges, müsse man immer im Auge behalten, dass die Europäische Union mit ihren Institutionen nach dem Prinzip des Poli-Zentralismus strukturiert sei. Deshalb sei Straßburg nach den Verträgen der Tagungsort des Europäischen Parlaments. Sein christdemokratischer französischer Kollege Hugues Martin assistierte und sagte, dass die Transportprobleme der Abgeordneten lediglich ein Alibi dafür seien, dass Straßburg durch Brüssel als Tagungsort ersetzt werden soll. Die Lösung sei nicht, sagte der fraktionslose französische Abgeordnete Bruno Gollnisch, dass alles nach Brüssel verlagert und Brüssel zu einer Art von „Föderalem Distrikt“ der EU werde.

Jeder Arbeitnehmer in der bald fast 500 Millionen Bürger umfassenden Europäischen Union muss natürlich selbst dafür sorgen, dass er rechtzeitig zur Arbeit an seinem Arbeitsplatz erscheint – trotz Staus, Streiks und Flugverzögerungen. Dies sollte auch für die europäischen Volksvertreter gelten, die für ihre aufreibende Arbeit sowieso einige verdiente Privilegien haben. Wichtige Abstimmungen finden ohnehin in einem auch für Briten „sozial-verträglichen“ Zeitrahmen statt.

Die Beschwerden sind natürlich teilweise berechtigt. Und eine Mehrheit für Brüssel wäre im Europäischen Parlament nach der augenblicklichen Stimmungslage so gut wie gesichert, wenn die Abgeordneten selbst über ihren Tagungsort entscheiden könnten. Aber wie gesagt: „Pacta sunt servanda“ – die Verträge müssen eingehalten werden und können nur einstimmig von den Staats- und Regierungschefs zugunsten von Brüssel geändert werden. Das Veto aus Paris wäre schon vorprogrammiert und bedarf keiner Kommentierung.

Der Kampf um Straßburg als Tagungsort geht also weiter.